

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.09.2005

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ein- ladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Schramm, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Misch, Herr Scholze und Frau Häußler.

Es bestand das Problem, dass der Kulturausschuss zwar einen abschließenden Beschluss gefasst habe, der Beschlussvorlage zuzustimmen, aber sich die Option erbeten habe, in einer Sondersitzung mit den Eigenbetriebsausschüssen über die Haushaltskonsolidierungsauswirkungen zu beraten.

Abstimmungsergebnis über Vertagung und Sondersitzung:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Im Ergebnis der Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften berät in der heutigen Sitzung über die Haushaltskonsolidierung ohne den Kulturbereich und führt eine Sondersitzung am Dienstag, 27.09.2005, 16:30 Uhr, Stadthaus, Wappensaal durch. Die Stadträtinnen und Stadträte verzichten auf ihr Recht zur Einrede bzgl. der Anberaumung der Sitzung.

Abstimmung über Tagesordnung:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.08.2005
4. Feststellung Jahresabschluss 2004 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: IV/2005/05187
5. Feststellung des Abschlusses der BMA participationsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Rumpfwirtschaftsjahr 2004
Vorlage: IV/2005/05122
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie participationsbericht über das Jahr 2003
Vorlage: IV/2005/05174
7. Jahresrechnung 2003 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2005/05171
8. Übernahme Sportgymnasium aus der Landsträgerschaft in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007
Vorlage: IV/2005/05085
9. Gutachten zur "Strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle"
Vorlage: IV/2005/05095
10. Anträge von Fraktionen und Stadträten
11. Anfragen von Stadträten
12. Beantwortung von Anfragen
13. Anregungen
14. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.08.2005

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 23.08.2005 wird ohne Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

zu 4 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH Vorlage: IV/2005/05187

Protokoll:

Frau Häußler und Herr Lork schlugen eine Änderung des Beschlussvorschlages vor. Im Punkt 2 sollte geändert werden, dass der nach Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage verbleibende Teil des Jahresüberschusses 2004 sowie der Gewinnvortrag aus dem Geschäftsjahr 2003 der anderen und nicht der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt wird. Dies hätte den Vorteil, dass der Gesellschafter Zugriff auf die Rücklage habe.

Frau Meye (HWG) verwies auf die entsprechenden Beschlüsse des Aufsichtsrates.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass die Gesellschaft auf jede innerbetriebliche Rücklage Zugriff habe.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss: (Änderung fett markiert)

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 21.04.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	446.915,88 €
Die Bilanzsumme beträgt	547.836.197,93 €

2. Der nach Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage verbleibende Teil des Jahresüberschusses 2004 in Höhe von 402.224,29 € sowie der Gewinnvortrag aus dem Geschäftsjahr 2003 in Höhe von 501.396,37 € werden der **(satzungsmäßigen – wird gestrichen) anderen** Rücklage zugeführt.
3. Dem Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.
4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.

zu 5 Feststellung des Abschlusses der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Rumpfwirtschaftsjahr 2004 Vorlage: IV/2005/05122

Protokoll:

Frau Weiß wies darauf hin, dass es sich nicht um einen „echten“ Jahresgewinn handele, sondern um eine nicht verbrauchte Summe aus dem Zuschuss der Stadt.

(17:00 Uhr – Frau Prof. Vent kam in die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Verwaltungsrates in der Sitzung vom 27.06.2005:
 - 1.1 Der vom Vorstand der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) vorgelegte Abschluss für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 01.10. bis 31.12.2004 nebst Lagebericht wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH Halle (Saale) geprüften und am 20.05.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresgewinn beträgt 378,25 €.
Die Bilanzsumme beträgt 76.254,25 €.

1.2

Der Jahresüberschuss von 378,25 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

1.3

Der Vorstand wird für das Rumpfwirtschaftsjahr 2004 entlastet.

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für das Rumpfwirtschaftsjahr 2004 entlastet.

**zu 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005,
Haushaltskonsolidierung sowie participationsbericht über das Jahr
2003
Vorlage: IV/2005/05174**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Krause, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Schramm, Frau Nagel, Frau Weiß, Frau Häußler, Frau Szabados, Herr Doege, Frau Waldt und Frau Hock.

Von der Verwaltung wurde u. a. auf Nachfragen ausgeführt, dass Änderungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes jährlich möglich seien. Die Fraktionen haben eine Kopie der Hinweise des Ministeriums des Innern vom 24.09.2004 zur Haushaltskonsolidierung zur Verfügung gestellt bekommen. In diesem Schreiben sind klare Hinweise enthalten. Die Hauptverwaltung sei auf einem richtigen Weg. Im Personalbereich wurden ca. 400 Stellen gestrichen. Jetzt müssen alle Einrichtungen überprüft werden. Könnte kein Einsparpotential gefunden werden, käme die Stadt um die Schließung von Einrichtungen nicht umhin. Aus diesem Grund sollen alle möglichen Alternativen geprüft werden. Zur Zeit befinde sich die Stadt noch immer in der vorläufigen Haushaltsführung, bei der das Landesverwaltungsamt neu beginnende Maßnahmen per Einzelgenehmigung genau prüfe. Die gesetzlichen Spielräume seien für Mittelfreigaben sehr eng. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein nicht genehmigter Haushalt auch in das kommende Jahr wirken würde. In den vergangenen Jahren konnte mit der vorläufigen Haushaltsführung operiert werden. Diese Verfahrensweise wäre dann nicht mehr möglich. Es müssten weiter Einzelgenehmigungen beim Landesverwaltungsamt beantragt werden.

Bezüglich der Haushaltskonsolidierung wurde darauf hingewiesen, dass die konkrete Umsetzung der Maßnahme bei Einzelvorlage in den Gremien des Stadtrates diskutiert werden könne. Wenn Einzelmaßnahmen nicht bestätigt werden, müsse zuerst der Fachbereich nach anderen Konsolidierungsbeiträgen suchen; wenn dieser keine äquivalente Einsparmaßnahme findet, der entsprechende Geschäftsbereich und zum Schluss die gesamte Verwaltung. Zur Zeit könne die Verwaltung den Ausgleich des Haushaltes im Jahr 2008 darstellen und bis 2012 die Altdefizite ausgleichen. Die Stadt habe die Pflicht, die Entwicklung jährlich nachzuweisen. Die Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt basiere auf den gesetzlichen Grundlagen.

(17:15 Uhr – Herr Felke kam in die Sitzung.)

Die Stadträte kritisierten, dass die Vorlage nicht durchnummeriert sei.

Zum Abbau der Altdefizite kündigte die Verwaltung Änderungsblätter (die finanzielle Höhe wird ergänzt und ein Absatz wird gestrichen) an.

GB II

Zum Stand des Fachkonzeptes des Fachbereiches Stadtentwicklung und –planung wurde von der Verwaltung ausgeführt, dass das Endergebnis vorliege, dieses aber noch konkret untersetzt werden müsse. Danach werde das Fachkonzept in der Beigeordnetenkonferenz beraten und den zuständigen Gremien des Stadtrates präsentiert.

Frau Häußler wies auf ein Schreiben von Herrn Kuras hin. Herr Bönisch bat um eine Kopie. Die Übersendung wurde von Frau Häußler zugesagt.

Einsparungen von Mietzahlungen werden haushaltskonsolidierend wirksam, indem der Zuschuss an das ZGM verringert wird.

Zur Privatisierung der Bäder wurde ausgeführt, dass 12 potentielle Badbetreiber angeschrieben wurden (Betreibung aller zur Zeit in Betrieb befindlicher Bäder und Freibäder – außer der Robert-Koch-Halle). Zwei abgegebene Angebote werden zur Zeit geprüft und seien noch nicht endverhandelt. Der Bäderbereich werde auch in Zukunft aufgrund des Schulsportes einen Zuschussbedarf haben.

Der Ausschuss für Planungsangelegenheiten hat den vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung in seiner heutigen Sitzung einstimmig zugestimmt.

GB III

Bezüglich der Bündelung ordnungsbehördlicher Aufgaben in eine Organisationsform wurde ausgeführt, dass eine Beteiligung Dritter weiter möglich sein werde. Die Vorschlag sei ein weiter Vorgriff mit Blick auf das Jahr 2010. Es werden keine Aufgaben wegfallen, sich aber evtl. nach den europäischen Regelungen ändern. Im Wesentlichen wurden sich überschneidende Aufgaben betrachtet. Der Bereich Umwelt werde noch gesondert untersucht.

GB IV

Der Bereich Kultur wurde in der Diskussion ausgeklammert – siehe TOP 2.

Einige Mitglieder wiesen darauf hin, dass mit der Maßnahme IV/2 dem Beschluss des Stadtrates zur Schulentwicklungsplanung vorgegriffen wurde.

Zur Privatisierung der Parkeisenbahn wurde erläutert, dass die Veröffentlichungskosten für die Ausschreibung nicht erheblich seien.

GB V

Im Hinblick auf die Maßnahme V/1 – Sozialraumorientierte Planung in Verbindung mit Flexibilisierung / Controlling HzE - wurde darauf hingewiesen, dass die Hilfen zur Erziehung eine absolute Pflichtaufgabe der Stadt darstellen. Es werde geprüft, in welcher Höhe finanzielle Mittel eingesetzt werden und ob die gewünschten Effekte bei den Kindern und Jugendlichen eintreten. Zur Zeit werden 1000 Kinder in der Stadt Halle betreut. Die seit 1990 stattfindende Umsteuerung von stationärer auf ambulante Hilfen war für die Kinder und die Stadt eine richtige Entscheidung. Die Nutzung des gesamten Potentials der Prävention, die Nutzung der Ressourcen in den Stadtteilen und die verstärkte Einbeziehung von Pflegeeltern geben die Chance, ohne Qualitätseinbruch für die zu Betreuenden, finanzielle Einsparungen für die

Stadt zu erreichen. Die Bindung externer Hilfe bei der Einführung eines neuen Controllingverfahrens sei sinnvoll angelegtes Geld, da die Stadt ein neues Gebiet bei der Erfüllung einer Pflichtaufgabe betritt. Die Sport- und Kulturvereine sowie die freien Träger werden ebenfalls einbezogen. Durch den externen Begleiter werde u. a. geprüft, für welches Problem welcher Hilfeplan mit welchem Ergebnis erstellt wurde. Die Kosten belaufen sich für 3 Jahre auf 300 T€ und sind bei der Stabsstelle Haushaltskonsolidierung in der Haushaltsstelle 1.0212.655000 – Sachverständigen- und Gutachterkosten veranschlagt.

Zur Maßnahme V/2 – Fachkonzept Fachbereich Soziales – Fortschreibung – wurde ausgeführt, dass über die durch die Einführung des SGB II eingetretene Änderung laufend im Sozialausschuss berichtet wurde. Die jetzige Untersuchung betreffe den verbleibende Fachbereich Soziales. Eine genaue Prüfung werde bis Ende des Jahres 2005 abgeschlossen sein und das Ergebnis im Sozialausschuss vorgestellt werden. Die Personaleinsparung könne durch Nachbesetzung in anderen Bereichen und Einsatz der Mitarbeiter in der ARGE realisiert werden. Zusätzlich wurden Altersteilzeitverträge abgeschlossen und gehen MitarbeiterInnen in den Ruhestand.

Im Kita-Bereich (Maßnahme V/4) seien Einsparungen möglich, da im Innenstadtbereich mehr Bedarf bestehe, der bei Umsetzung von PPP durch Kapazitätserweiterungen gedeckt werden könne. Dadurch können in Heide-Nord, der Silberhöhe und in Halle-Neustadt Einrichtungen geschlossen und dadurch Leiterinnenstellen eingespart werden. Die Leiterinnen werden in die Einrichtungen umgesetzt, wo Bedarf bestehe.

Allgemein

Aufgrund einer Forderung des Landesverwaltungsamtes wurde die Maßnahme – Zuschuss HAVAG – extra aufgeführt.

Die Absenkung der Zuschusszahlung zur Förderung sozialer Projekte im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe und der Gleichstellung betragen 5 % des Budgets. Das Landesverwaltungsamt kritisiert, dass die Stadt Halle im Vergleich zu anderen Städten mehr Zuschüsse pro Kopf ausbebe. Aufgrund der Haushaltslage der Stadt müssen auch in diesen Bereichen Prioritäten gesetzt werden. Die Einsparmöglichkeiten sollen erfolgsorientiert geprüft werden. Über die Höhe des Konsolidierungsbeitrages des Gleichstellungsbereiches werde noch beraten.

Beschluss:

Entfällt – siehe TOP 2 ⇒ Sondersitzung am 27.09.2005.

zu 7 Jahresrechnung 2003 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin Vorlage: IV/2005/05171

Protokoll:

Frau Weiß fragte,

- a) ob Regressansprüche gegen denjenigen erhoben werden, der zu verantworten hat, dass ein Beratervertrag für das Händelfestspielorchester, verbunden mit jährlichen Kosten in Höhe von 20.000 € jährlich ohne die gegebene Notwendigkeit weitergeführt wurde;
- b) ob die Seminar- und Übernachtungskosten eines Mitarbeiters, der nur einen befristeten Vertrag hatte, zurückgeführt werden.

Frau Häußler sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt:

1.
Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 wird gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen.
2.
Der Oberbürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2003 gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.

**zu 8 Übernahme Sportgymnasium aus der Landsträgerschaft in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007
Vorlage: IV/2005/05085**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Frau Häußler, Herr Dr. Marquardt und Herr Hildebrand.

Die Mitglieder merkten an, dass das Land eine Aufgabe an die Stadt übertragen möchte, ohne sich in ausreichendem Umfang an den Kosten zu beteiligen. Die Landtagsabgeordneten der Stadt Halle (Saale) sollten sich stärker zu Gunsten der Stadt einsetzen.

Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt Magdeburg bezüglich ihres Sportgymnasiums den vom Land gestellten Bedingungen zugestimmt habe und somit der Handlungsspielraum für die Stadt Halle (Saale) sehr eingeschränkt wurde. Es wurde versucht, dass das Land die Kosten bis zum Jahr 2008 trage und diese danach von der Stadt übernommen werden. Auf diese Regelung sei das Land nicht eingegangen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt

1. Die Übernahme des Sportgymnasiums Halle (Saale), Amselweg 42, 06110 Halle (Saale), aus der Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007 vorbehaltlich der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt.
2. Das Sportgymnasium Halle wird künftig drei- bis vierzünftig geführt werden, 2 Züge Leistungssport, 1 – 2 Züge mit sportlich interessierter Schülerschaft aus der Stadt Halle (Saale) und dem Umland.
3. Der Standort Robert-Koch-Straße/Amselweg wird beibehalten. Das sanierte Schulobjekt mit Erweiterungsbau einschließlich der Ausstattung sowie eine Dreifelderhalle gehen ohne Übernahme von Personal in das Kommunaleigentum der Stadt Halle (Saale) über.
4. Grundlage der Übernahme ist die Rahmenvereinbarung in der Fassung vom 19.5.2005 (Anlage 1 der Vorlage).

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VermHH : keine

Verwaltungshaushalt

	HH-Stelle	Einnahmen	Ausgaben	Städt. Zuschuss
2007	1.2300	219.600 € darunter 155.000 € (Einmal- förderung)		14.300 €
	1.2300		234.400 €	
2008	1.2300	ca. 65.100 €		169.300 €
	1.2300		234.400 €	

(19:30 Uhr – Frau Szabados übernahm die Vertretung von Frau Häußler.)

**zu 9 Gutachten zur "Strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle"
Vorlage: IV/2005/05095**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Frau Schwabe, Herr Koehn, Herr Bönisch, Frau Häußler, Frau Szabados, Herr Dr. Franke und Herr Dr. Bratzke (isw).

Frau Häußler führte aus, dass das Gutachten aufgrund mehrerer Anträge des Stadtrates von der Stadt in Auftrag gegeben worden sei. Herr Dr. Franke fügte an, dass in den Fraktionen die „Langfassung„ des Gutachtens mit einem Umfang von ca. 350 Seiten vorliege. Herr Dr. Bratzke stellte die Kurzfassung vor. Es sei ein Vorschlag, der die gesamte Verwaltung betreffe, um diese wirtschaftsfreundlicher zu gestalten.

Die Mitglieder des Stadtrates merkten an, dass die Zeiträume der Umsetzung sehr wichtig seien. Weiterhin sei die Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH sehr wichtig.

Frau Schwabe übergab den Mitgliedern einen Änderungsantrag in ihrem und im Namen von Frau Prof. Vent.

Herr Dr. Franke merkte dazu an, dass der letzte Halbsatz des Punktes 4 „... und im Ergebnis einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes gewährleistet.“ ergebnisoffener formuliert werden solle. Die antragstellenden Stadträtinnen erklärten sich damit einverstanden. Nach Umsetzung der vorgeschlagenen ersten Stufe und Evaluierung der Ergebnisse solle über die Variante der zweiten Stufe entschieden werden. Personalvorstellungen liegen in der Verwaltung noch nicht vor, da ein Projektentwickler für diesen Bereich nötig sei. Verwaltungsziel sei es, im November einen Zeitplan für die Umsetzung zu haben.

Herr Bönisch beantragte eine Einzelabstimmung der Punkte des **Antrages** von **Frau Schwabe** und **Frau Prof. Vent.**

Beschluss über den Antrag:

(2. – wird gestrichen und erhält eine neue Fassung -

Die Oberbürgermeisterin berichtet dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung halbjährlich über den Stand der Umsetzung.)

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis Dezember 2005 einen umsetzungsorientierten Maßnahmeplan zu erstellen, der – im Umfang der vorgeschlagenen gutachterlichen Maßnahmen – eine Realisierung des Konzepts zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 festlegt und die einzelnen Maßnahmen prioritär wichtet.

Abstimmung Punkt 2:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschluss über den Antrag:

3. Bei der Umsetzung der Ergebnisse des Gutachtens ist darauf zu achten, dass die privatwirtschaftlich zu organisierenden Bereiche der Wirtschaftsförderung möglichst komplex strukturiert werden und insbesondere eine enge Vernetzung mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH erfolgt. In diesem Zusammenhang muss auch untersucht werden, ob die funktionelle Ausgliederung von Tätigkeitsfeldern nicht unter Zuhilfenahme bereits vorhandener städtischer Gesellschaften erfolgen kann.

Abstimmung Punkt 3:

5 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss über den Antrag:

4. Für den Fachbereich Wirtschaftsförderung ist bis zum Februar 2006 ein Fachkonzept zu erstellen, welches die von den Gutachtern empfohlene Konzentration auf Kernaufgaben berücksichtigt.

Abstimmung Punkt 4:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis über geänderten Beschlussvorschlag:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss: (Änderungen fett markiert)

1. Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse des Gutachtens des isw zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Umsetzungsvorschlages.

**(2. – wird gestrichen und erhält eine neue Fassung -
Die Oberbürgermeisterin berichtet dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung halbjährlich über den Stand der Umsetzung.)**

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis Dezember 2005 einen umsetzungsorientierten Maßnahmeplan zu erstellen, der – im Umfang der vorgeschlagenen gutachterlichen Maßnahmen – eine Realisierung des Konzepts zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 festlegt und die einzelnen Maßnahmen prioritär wichtet.
3. Bei der Umsetzung der Ergebnisse des Gutachtens ist darauf zu achten, dass die privatwirtschaftlich zu organisierenden Bereiche der Wirtschaftsförderung möglichst komplex strukturiert werden und insbesondere eine enge Vernetzung mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH erfolgt. In diesem Zusammenhang muss auch untersucht werden, ob die funktionelle Ausgliederung von Tätigkeitsfeldern nicht unter Zuhilfenahme bereits vorhandener städtischer Gesellschaften erfolgen kann.
4. Für den Fachbereich Wirtschaftsförderung ist bis zum Februar 2006 ein Fachkonzept zu erstellen, welches die von den Gutachtern empfohlene Konzentration auf Kernaufgaben berücksichtigt.

zu 10 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Protokoll:

Schriftliche Anträge lagen nicht vor, schriftliche wurden nicht gestellt.

zu 11 **Anfragen von Stadträten**

Protokoll:

Freiwillige Leistungen der Stadt Halle (Saale)

Herr Bönisch mahnte die gewünschte Auflistung aller freiwilligen Leistungen der Stadt Halle (Saale) inklusive finanziellem Betrag an.

Theater der Welt

Auf Nachfrage von Herrn Felke führte Herr Dr. Marquardt aus, dass bezüglich der Sponsoreneinwerbung zur Zeit geprüft werde, wie mit geldwerten Leistungen umzugehen sei.

Weiterhin erläuterte Herr Dr. Marquardt auf eine Frage von Herrn Bönisch, dass in der Sponsorensuche vorerst innegehalten werde, da die Volksbank noch Beratungsbedarf mit ihren Partnern habe.

zu 12 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Stellenausschreibung Kulturmanager

Aufgrund einer Anfrage von Herrn Misch in der Sitzung am 23.08.2005 wurde während der Sitzung die Beantwortung übergeben.

Herr Misch wies auf einen Tippfehler hin – die Sitzung des Hauptausschusses fand am 22.06.2005 statt.

Herr Dr. Marquardt erläuterte die zeitliche Abfolge der Ausschreibung.

Herr Misch kündigte einen Antrag auf Akteneinsicht an.

Zu 13 **Anregungen**

Protokoll:

Die **Termine für die regulären Sitzungen des Ausschusses** im Jahr 2006 werden, wie in den vergangenen Jahren, auf einen Tag vor der Sitzung des Hauptausschusses festgelegt. Die zusätzlichen Sitzungstermine zu den Haushaltsplanberatungen werden gesondert festgelegt.

zu 14 **Mitteilungen**

Protokoll:

Mittelabflusslisten

Zu Beginn der Sitzung wurden die Übersichten

- zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in den Haushaltsjahren 2002 – 2005 mit Stand 31.08.2005 nach Gruppierungen und
- zu den Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes mit Stadt 31.08.2005 nach Geschäftsbereichen

übergeben.

Herr Bönisch bat die Verwaltung, diese Zuarbeit künftig auch auf elektronischem Weg maschinenlesbar zu übergeben.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Dagmar Szabados
Bürgermeisterin

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin